

Die Gründungsphase des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums (1964 – 1970)*

- Vorbemerkung: Die folgenden Ausführungen basieren auf Recherchen im Stadtarchiv Neuss. Dabei wurden die Ratsprotokolle der Stadt Neuss von 1964 bis 1969 ausgewertet, insbesondere die des Schulausschusses, des Hochbauausschusses und des Rates selbst. Für das Kapitel über die Schöffer-Plastik sind die Protokolle des Kulturausschusses des Jahres 1969 besonders herangezogen worden.

Die notwendige Errichtung eines zweiten städtischen Jungengymnasiums - Kindersegen im Neusser Südwesten

Neuss sei die prozentual am stärksten gewachsene Stadt in der (alten) Bundesrepublik, so der damalige Oberbürgermeister (=OB), der CDU-Politiker Peter W. Kallen, in seinem Rechenschaftsbericht vor den anstehenden Kommunalwahlen in NRW in der Ratssitzung vom 4.9.1964. Glaubt man den vier Jahre später in der Ratssitzung vom 4.10.1968 ergänzten Zahlen, stand die Quirinusstadt in Hinblick auf den prozentualen Bevölkerungszuwachs zwischen 1961 und 1967 mit 22% an erster Stelle, noch vor München mit 15% und Leverkusen mit 12%. Kallen verwies darauf, dass Neuss zwischen August 1948 und September 1964 von 59.900 auf 106.000 Einwohner zugenommen habe. Diese bevölkerungspolitische Entwicklung hatte bereits den Schulausschuss in seiner Sitzung vom 6.1.1964 dazu bewogen hatte, die Errichtung eines 3. Jungengymnasiums – neben dem staatlichen Quirinus- und dem städtischen Theodor-Schwann-Gymnasium (=TSG) -- zu beschließen. Im Dringlichkeitsbeschluss vom 8.1. wurde die Einrichtung von zwei Sexten [= heutige Kl.5] als Anlaufklassen des neuen Jungengymnasiums beim TSG ab Ostern 1964 besiegelt.

Die neue Schule sollte für Schüler in Frage kommen, die im Südwesten oder Süden des Stadtgebiets wie Reuschenberg und Weckhoven wohnten, denn hier war die Bevölkerungszahl durch Neubaugebiete -- die Stadt plante für Weckhoven 1963/64 1000 Wohnungen besonders für junge Familien – stark gestiegen. Die Verwaltung kalkulierte dort mit weiteren 300 katholischen und 150 evangelischen Volksschülern, so dass der OB 1964 resümierte: Die Erschließung unserer neuen Wohngebiete mache einen umfangreichen Schulbau notwendig. Außerdem sollte mit dem zusätzlichen Gymnasium die Jugend in angrenzenden Gemeinden des Landkreises Grevenbroich versorgt werden.

Wenngleich zunächst vor allem neue Volksschulen vonnöten waren, blieb der Bevölkerungszuwachs nicht ohne Konsequenzen für die weiterführenden Schulen. Der Stadtverordnete (=Stv.) Schäfer (CDU) forderte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Schulausschusses deshalb, die Verwaltung solle schon mit der Vorplanung für den Neubau des Gymnasiums beginnen, obwohl aus der Landeshauptstadt noch keine Genehmigung vorlag. Denn die von Baurat Lilienthal genannten Zeiträume von nur einem Jahr Planung und zwei Jahren Ausführung ließen Eile geboten erscheinen. Schäfer prognostizierte ein Jahr später sogar, die Schule werde sich allein durch die Ortsteile Derikum und Weckhoven so vergrößern, dass sie in 20-30 Jahren einmal die Tradition des Quirinus- und des Theodor-Schwann-Gymnasiums fortsetzen könne.

Neusprachliches oder naturwissenschaftliches Gymnasium?

Welche Art von Gymnasium sollte aber entstehen? Dem damaligen Leiter des Schwann-Gymnasiums, OStD Dr.Holper, schwebte ein neusprachliches mit naturwissenschaftlichem Zweig vor. Auf diese Weise könne in Obertertia (=Kl. 9) ein Schulwechsel vermieden werden. Für einen derartigen Zweig nebst entsprechender Einrichtung bezifferte der Beigeordnete Paul (CDU) am 13.4.1964 den Kostenmehraufwand auf bis zu 300.000 DM. Einstweilen widersetzte sich aber die vorgesetzte Behörde in Düsseldorf, das Schulkollegium (=SK), diesem Vorhaben, obwohl die befragten Eltern der Klassen 9 am TSG darauf

bestanden, dass ihren Kindern die naturwissenschaftliche Schwerpunktbildung ab dieser Klassenstufe erhalten blieb. Erst als die Vorentwurfspläne des Hochbauamts der Stadt, die die Variante eines neusprachlichen Gymnasiums mit naturwissenschaftlichem Zweig oder die umgekehrte Lösung vorsahen, dem SK am 21.1.1965 vorgelegt wurden, hatte die Hängepartie ein Ende, weil das SK dem Wunsch der Eltern endlich nachgab. Mit Blick auf die Zukunft trat das SK sogar für „fachgebundene zum Abitur führende Klassen“ ein.

Bei den Verhandlungen der Stadtverwaltung mit der Landesregierung stand zu dieser Zeit nur noch ein Punkt zwischen den beiden Seiten. Die gewählten Vertreter der Neusser Bürger hatten sich am 8.1.1964 dazu verstiegen, für die Errichtung des neuen Gymnasiums dem Land drei Bedingungen zu stellen. Sie verlangten

1. einen Zuschuss des Landes von mindestens 90 % der zuschussfähigen Baukosten für das Schulgebäude;
2. die Beteiligung des Landes in angemessenem Umfang an den Kosten für die Einrichtung der Schule;
3. die Ermäßigung des Beitrags von 40 auf 25 %, die die Stadt damals noch an das Land für von diesem geschaffene Lehrerstellen entrichten musste.

Ein Jahr später ließ der CDU-Kultusminister von NRW per Erlass vom 6.1.1965 die Stadt wissen, dass der an Bedingungen geknüpfte Ratsbeschluss für das 2. (städtische) Jungengymnasium „nicht genehmigungsfähig“ sei; die Kommune müsse einen „bedingungs-freien Beschluß“ einreichen. Dieser rechtlichen Klarstellung unterwarf sich die Stadt endgültig in der Schulausschusssitzung vom 6.9.1965, indem dem widerstehende frühere Beschlüsse zurückgenommen wurden. Stattdessen wurde dem Rat empfohlen, dass die Anlaufklassen am TSG zu Ostern 1966 in ein neues System eines 2. städtischen mathematisch-naturwissenschaftlichen Jungengymnasiums mit neusprachlichem Zweig übergehen sollten. Gemäß den Richtlinien sollte das Erlernen der Fremdsprachen mit Englisch beginnen, in Kl. 7 (=Quarta) mit Latein fortgesetzt und im neusprachlichen Zweig mit Französisch ab Kl 9 weitergeführt werden.

Provisorische Unterbringung und endgültiger Standort (1964 – 1969)

Für das neue Gymnasium mussten rasch Räumlichkeiten gefunden werden, da ein baldiges Anwachsen der Schülerzahl abzusehen war. War Anfang Januar 1964 als einstweiliger Standort die Kreuzschule an der Schwannstraße bestimmt worden, beherbergte deren Gebäude Ostern 1966 bereits 7-8 Klassen. Da aufgrund der vom Landtag beschlossenen zwei Kurzschulhalbjahre in NRW ein Doppeljahrgang 1966 auf alle Schulen zukam, verschärfte sich die Klassenraumproblematik an allen Schularten. Für das 2. städtische Jungengymnasium ging man Mitte Dezember 1965 zum 1.12.1966 von 10-11, zum 1.8.1967 von 13-14 und zum 1.8.1968 von 16-17 Klassen aus. Dieses Wachstum forderte einen teilweisen Umzug zunächst in die Martin-Luther-Schule und – ab Sommer 1968 – in das zum Abbruch bestimmte Gebäude der ehemaligen Rheintorschule in der Hafenstraße, selbst wenn die prognostizierte Zahl 1968 mit 15 Klassen nicht ganz erreicht wurde.

Für Lehrkräfte wie Schüler hieß dies seit 1964, dass sie jeweils zwischen drei Einsatzorten pendeln mussten -- Sportstätten einerseits, Fachräume im Schwann-Gymnasium andererseits inbegriffen. Klagen der Elternschaft der verschiedenen Schulen konnten in Anbetracht dessen, dass zwei Schultypen sich ein Schulgebäude teilten, kaum ausbleiben. So führte die Pflegschaft der neuen Schule im Sommer 1966 Klage über die Lärmbelästigung durch den Straßenverkehr auf der Kapitelstraße und bat um den Einbau von Doppelfenstern und schallschluckenden Decken, während Elternvertreter der Kreuzschule die unterschiedlichen Unterrichtszeiten und Pausenzeiten monierten. Für beide Probleme fanden die Stadt und die Schulleiter allerdings schnell zufriedenstellende Lösungen.

Angesichts dieser Sachlage nimmt es nicht wunder, dass der Schulausschuss bereits

am 3.1.1966 „mit Nachdruck auf die Dringlichkeit des Neubaus für das 2. Städtische Jungengymnasium“ hingewiesen hatte „und empfiehlt, baldmöglichst für die Vergabe der Rohbauarbeiten Auftragsermächtigungen zu erteilen“. Für das neue Schuljahr ab Ostern 1966 waren mit Blick auf die Anmeldezahlen für das noch zu errichtende 2. Jungengymnasium einstweilen ‚nur‘ 2 Klassen (67) vorgesehen. Der Rat meinte gewisse Vorbehalte seitens der Elternschaft gegen den Neuling feststellen zu können, erklärte diese jedoch damit, dass mit dem Bau nicht einmal begonnen worden sei. Daher müsse der Neubau „als besonders dringlich behandelt werden“.

Spätestens seit Juni 1964 stand fest, dass die neue Schule auf dem städtischen Gelände zwischen der Bergheimer- und der Weberstraße errichtet werden sollte. Die Planungen kamen aber nicht nur wegen der verzögerten Genehmigung der Landesregierung nicht voran, sondern ebenso, weil sich der Verkehrslärm an dieser Stelle als Problem erwies. Die Stadt suchte daher zwei Nachbargrundstücke zu erwerben. In der Ratssitzung vom 21.4.1965 musste man jedoch eingestehen, dass die Grundstücksverhandlungen mit dem Eigentümer des südlichen Nachbargrundstücks ergebnislos verlaufen waren. Als Variante blieb ein Grundstückstausch mit der Gärtnerei Kentenich nördlich, doch schon am 31.5. sah sich der Oberbaurat (=ObR) Lilienthal gezwungen zu erklären, dass man sich von der Idee eines Erwerbs zusätzlicher Grundstücke verabschieden müsse. Daher war eine Umplanung der bisherigen Entwürfe notwendig.

Die Ernennung des Gründungsdirektors und die Namensfindung für die Schule (1964-1967)

a) Der Gründungsdirektor Herbert Krahé

Nach den Beschlüssen in Schulausschuss und Rat der Stadt Neuss galt es alsbald, eine Person zu bestimmen, die Dr. Holper bei der zunächst internen schulorganisatorischen Maßnahme entlasten konnte. Gegen den vom Leiter des TSG selbst vorgeschlagenen OStR. Krahé hatte das SK zwar keinerlei Einwände, doch es dauerte noch bis Januar 1966, bis die Frage der Leitung entschieden war. Immerhin hatte es 17 (!) Bewerber für die Stelle gegeben. Der Schulausschuss bestimmte am 3.1.1966, von den Kandidaten die Herren Krahé, Dr. Prüfer, Reis, Trott und Dr. Wiebe zur persönlichen Vorstellung in die nächste Sitzung einzuladen. Diese fand am 21.1. statt. Wie aus der vertraulichen Niederschrift hervorgeht, ergab sich bei der Abstimmung ein Patt von 8:8 Stimmen -- die Mehrheit der CDU-Fraktion sprach sich für Dr.Prüfer aus, die SPD und die sachkundige Bürgerin der FDP für Krahé. So blieb es dem Rat vorbehalten, die Entscheidung zu treffen. Die dem SK übermittelte Empfehlung der Ratsentscheidung vom 24.1.1966 ergab ein eindeutiges Bild: das Gremium sprach sich mit 30 Stimmen für die Ernennung von Herbert Krahé zum Leiter der neuen Schule gegen 12 für Dr. Prüfer aus.

Die Beförderung von Krahé zum Studiendirektor stieß anfänglich allerdings auf stellenplanmäßige Schwierigkeiten, wie der damalige Kultusminister Prof.Dr. Paul Mikat (CDU) in einem Schreiben -- wohl an den OB Kallen - vom 16.8.1966 mitteilte. Sie wurden indes schnell durch einen Kabinettsbeschluss beseitigt.

Als der Errichtung des neuen Gymnasiums nichts mehr im Wege stand, erteilte der Rat den Anträgen der Lehrkräfte Adamsky, Berscheid, Glinski, Konsek, Krahé, Krey sowie Schüllner, vom Schwann-Gymnasium zur neuen Einrichtung versetzt zu werden, am 5.4. sein Placet. Im Verlauf des Jahres füllten u.a. die Lehrer/in Dr.Baaken, Pelzer und Starost das junge Kollegium auf.

b) Der Prozess der Namensfindung

Als eigenständige städtische Institution bestand die Schule seit Ostern 1966, dem 1.Kurzschulhalbjahr. Ihr fehlte indes noch ein offizieller Name. Herr Krahé übermittelte deshalb am 14.3.1966 dem Schulausschuss Vorschläge der Elternvertreter. Es waren deren vier: Alexander-von-Humboldt – Albert Einstein -- Novesianum – Joseph-von-Eichendorff. Zwar gab man in der Sitzung vom 2.5. einhellig dem Namen eines Naturwissenschaftlers Vorrang. Es

dauerte jedoch noch bis Ende des Jahres, bis die CDU ihre Namensvorschläge den Fraktionsvorsitzenden der beiden übrigen im Rat vertretenen Parteien – SPD und FDP – weiterleitete. Neben Humboldt wies die Liste weitere 2 Namen von Naturwissenschaftlern auf: Otto Hahn (Physiker) -- Gerhard Domagk (Chemiker) -- Peter Wust (christlicher Existentialist). Schließlich votierte der Schulausschuss in seiner Empfehlung an den Rat am 8.2.1967 für den Nobelpreisträger Domagk als Namensgeber. Nur der Stv. Dr. Koch befürwortete den Namen Otto Hahn, indem er auf seine Leistung als Atomphysiker, aber zugleich auf sein Ringen um ethische Verantwortung verwies.

StD. Krahe unterstrich dagegen während der Anhörung, dass sich die Elternvertreter als Namensgeber zu gleichen Teilen für Alexander-von-Humboldt und Albert Einstein ausgesprochen hätten, die Schulpflegschaft am 27.9.1966 ersteren einstimmig favorisiert habe. Um den offensichtlichen Konflikt nicht eskalieren zu lassen, wurde die Namensfindung in der Ratssitzung vom 24.2.1967 zurückgestellt. Man nahm mit der Schulpflegschaft der neuen Schule Kontakt auf. Diese blieb in der geheimen Abstimmung am 14.3.1967 grundsätzlich bei ihrer bisherigen Entscheidung: 21 Stimmen für A.v.Humboldt, 1 Stimme für Domagk, 1 Enthaltung. Diesem Votum konnte sich die Stadt nicht verschließen, so dass der neue Vorsitzende des Schulausschusses Thywissen (CDU) den Namensvorschlag als Empfehlung an den Rat für dessen Sitzung am 30.5. weiterleitete, der ihn endgültig mit 23 zu 17 (Domagk) bestätigte.

Bauplanung, Baufinanzierung und Baufortschritte

a) Bauplanung

Die anhaltende Wohnungs-, Schulraum- und Verkehrsnot bestimmte auch die Diskussion rund um die Bauplanung der damaligen Schulprojekte. Wollte man diese Mängel beseitigen, musste die Kommune erhebliche Investitionen in den 1960er Jahren stemmen, zumal sich für die drei Themenkomplexe nur mühsam eine Prioritätenliste erstellen ließ. Allein auf dem Schulsektor, in erster Linie im Volksschulbereich, listete OB Kallen im September desselben Jahres drei fertige Volksschulgebäude auf; drei zu erweiternde. In Weckhoven, Weissenberg und Gnadental seien vier weitere Volksschulen zu bauen, in Uedesheim Container für Klassen aufzustellen. Beim TSG sei der 3. Bauabschnitt mit Turnhalle und Aula begonnen; die Städtische Handelslehranstalt erweitert worden.

Das neue 2. Städtische Jungengymnasium war im Vergleich zu den genannten schulischen Bauvorhaben ein erheblich umfangreicheres Projekt. Im Einzelnen waren im Raumprogramm geplant: neben 24 Stammklassenräumen und 3 weiteren, für ein fachgebundenes Abitur notwendigen Klassen, 7 kleineren Ausweichklassen, 11 Fachräumen für Natur- und Gesellschaftswissenschaften, für Musik und Kunst, einer Turnhalle und einem Gymnastiksaal sollte die Schule eine Aula für 700 Personen mit Nebenräumen erhalten. Die Menge der Klassenräume entsprach damit der von 2-3 durchschnittlichen Volksschulen oder der des TSG. Sie war nicht ernsthaft umstritten, zumal der Beigeordnete Paul unterstrich, dass die neue Schule „vorübergehend Klassen des nahegelegenen, noch anwachsenden Mädchengymnasiums“ (=Nelly-Sachs) auffangen solle.

Anordnung der Räume

Die Anordnung der Klassen müsse dem H-Typ folgen, da die Alternative, ein einflügeliger Klassentrakt gleicher Länge, sechsgeschossig ausfiele, wegen der dann notwendigen stärkeren Konstruktion und der erforderlichen Aufzüge aber teurer werde, so ObR Lilienthal. Er erläuterte weiter, dass ebenfalls aus Kostengründen die Überlegung, Aula und Turnhalle übereinander zu bauen (große Spannweiten und Dimensionierung der Deckenkonstruktion), zu verwerfen sei. Schließlich sei unter ästhetischem Blickwinkel ein „Nebeneinander gleich hoher Baukörper städtebaulich nicht vertretbar“.

Die Aula

Ein dauernder Diskussionspunkt blieb die Lage der Aula. In Richtung Bergheimerstraße war das Grundstück relativ schmal. Daher genehmigte der Rat die Empfehlung des mit der Planung befassten Hochbauausschusses am 18.6.1965, dass die Aula zur Weberstraße, die Turnhalle dagegen zur Bergheimerstraße ausgerichtet sein sollte (III. Bauabschnitt). In der gemeinsamen Sitzung von Hochbau- und Schulausschuss plädierten deren Vorsitzende Bolten (SPD) und Thywissen (CDU) für den Anschluss der Aula an den Klassentrakt durch einen überdachten einseitig verglasten Pausengang ; Form und Lage des Zuschauerraums seien allerdings wegen der Akustik und dem ungünstigen Blickwinkel nochmals zu überprüfen. In der Gemeinschaftssitzung vom 8.4.1965 hatten beide Ausschüsse überlegt, ob die Turnhalle nicht auch für Bühnenzwecke herzurichten sei. Doch hatte Lilienthal dagegen ins Feld geführt, dass eine Bühne einen möglichst robusten Dielenboden verlange, der Turnhallenboden aber einen empfindlichen Schwingboden.

Die Sporthallen

Weitere Überlegungen verlangten die große Turnhalle (18x33 m) und der Gymnastiksaal. Diskutiert wurden zwei Varianten:

- a) beide Hallen mit einem langen Flur nebeneinander anzulegen; dabei hätte die geplante große Halle um 3 auf 30 m verkürzt werden müssen;
- b) die große Halle und die zweite kleinere versetzt auf zwei Ebenen zu platzieren. Dabei werde letztere um 2,50 m ins Erdreich abgesenkt und deren Geräteraum unter den der größeren gelegt. Sie sei durch eine kleine Treppenanlage am sog. Turnschuhgang erreichbar. Die Umkleieräume wären damit für beide Hallen zu nutzen. Dies sei – so die Verwaltung – übersichtlicher und organisatorisch die bessere Lösung; Schulausschuss wie Regierung in Düsseldorf seien mit dem Plan einverstanden.

Vergleichsweise einfacher erscheinen die alternativen Pläne zum Musiksaal (Warm- statt Kaldach, Oberlichter), zur bepflanzten Grünzone, zu Innenhofansichten (Profilitglaswand), zur Art der Fenster (Aluminium- oder Holzfenster). Die Toilettenanlage sollte so gestaltet werden, dass, obwohl die Koedukation noch nicht existierte, für die Bedürfnisse von ca. 200 Mädchen gesorgt war.

b) Baufinanzierung

Die voraussichtlichen Gesamtkosten wurden auf 11,6 Mill. DM geschätzt; davon reine Baukosten etwas mehr als 9 Mill. DM. Der Stv. Schäfer erläuterte in der Ratssitzung vom 24.1.1966, dass das Land i.d.R. 40 – 60% Zuschuss zum Schulbau gewähre, Die zuschusswürdigen Baukosten sollten laut Auskunft des SK 7,365 Millionen DM betragen. Bei diesen Kosten war noch nicht die relativ neuartige Fertigbauweise berücksichtigt. Unterm Strich schätzte der Stv. Schiffers (CDU) die gesamten Baukosten nunmehr auf 8,1 Mill.DM. Die Berechnungen enthielten allerdings noch nicht die Grundstücks- und Nebenkosten. Obwohl die Finanzierung dieses bedeutenden Schulprojekts noch nicht gesichert war, gingen beide mit dem Objekt befassten Ausschüsse im Juli 1965 von einem Baubeginn 1966 und einem Bezug der Klassen Ostern 1968 aus. Am 3.1.1966 hieß es erneut: der Schulausschuss „weist mit Nachdruck auf die Dringlichkeit des Neubaus für das 2. Städtische Jungengymnasium hin und empfiehlt, baldmöglichst für die Vergabe der Rohbauarbeiten Auftragsermächtigungen zu erteilen“. Es dauerte indes noch bis zum 8.9.1967, d.h. mehr als weitere 18 Monate, bis die Ausschreibung für die Rohbauarbeiten am AvH veröffentlicht wurde.

Ringieren um finanzielle Mittel

Die Gründe für die erhebliche Verzögerung lagen nicht nur darin, dass Ende desselben Jahres 1966 die Hauptschule mit der neuen Kl. 9 eingeführt wurde, was zusätzliche schulische Erweiterungs- oder gar Neubauten erforderlich machte. Auch Schulbauprobleme der Nord-

stadt – der Neubau einer Gewerblich-Technischen Berufsschule (das spätere Hammfeld) sowie die Errichtung eines 2. Städtischen Mädchengymnasium (Marie-Curie) – waren nicht ausschlaggebend für das lange Warten auf den ersten Spatenstich, sondern vor allem die zunehmende Verschuldung der Stadt.

Die Klagen über die fehlenden finanziellen Mittel sind Legion und ähneln der heutigen Situation in vielfältiger und erstaunlicher Weise. Bereits am 4.9.1964 hatte OB Kallen den Ratsmitgliedern offen gelegt, dass zwar die Steuereinnahmen von 23,8 Mill. DM (1959) auf 34,8 Mill (Voranschlag 1964), mithin in fünf Jahren um 46,22 % gestiegen seien, dass dies für das laufende Rechnungsjahr jedoch nicht reiche und Darlehen aufzunehmen seien. In der zweiten Ratssitzung der neuen Legislaturperiode beklagte sich der Stadtkämmerer Schmitz, dass die notwendigen Ausgaben weiter stiegen und „Gesetz und Rechtsprechung sich ständig zu Lasten der Gemeindehaushalte“ auswirkten. Mache der äußere Schuldendienst 1965 mit knapp 10 Mill. DM ca. 28% der zu erwartenden Steuereinnahmen aus, müsse er feststellen, dass „die freie Finanzspritze des ordentlichen Haushalts“ für den Investitionsbedarf immer weiter eingeeengt werde. Die meisten Investitionen des a.o. Haushalts – worunter die Schulen fielen – lösten zudem erhebliche Folgekosten aus. Es müsse diesbezüglich in den Verhandlungen mit Düsseldorf auf einen höheren Landesanteil gedrungen werden.

Inzwischen begann sich aber die finanzielle Lage in Bund und Land zuzuspitzen. 1966 machte sich ein erster Wachstumsknick der bundesrepublikanischen Wirtschaft bemerkbar; direkt spürbar wurden für Neuss indes die Folgen der Krise des Ruhrkohlenbergbaus in NRW.

Gerade im fraglichen Jahr stornierte das Land wohl deshalb zugesagte Leistungen für den Bau des AvH. Da zudem seit November 1965 der Neubau der Dreikönigenschule im späteren Schulzentrum beschlossen worden war, waren die restlichen benötigten Mittel nur über Bankkredite zu decken. Die Kreditrestriktion der Bundesbank wirkte sich 1966 massiv auf die zu zahlenden Zinsen bei hohem Abschlag aus. Der Kämmerer vermochte zwei Darlehen nur zu 7,25% Zinsen bei einer Auszahlung von 96%, ein anderes nur zu 7,5% bei 98% Auszahlung zu erhalten. Zum Vergleich: Zweieinhalb Jahre später betrug der Zins bei der Westdeutschen Landesbank Girozentrale Düsseldorf nur noch $4\frac{3}{4}$ %.

Eine Woche zuvor hatte Schmitz schon vor Ratsmitgliedern ausgeführt, dass der Fehlbetrag des o. Etats sich von 1965 auf 1966 um fast 75 % von 1,26 Mill. auf 2,2 Mill. DM erhöht habe. Der wesentliche Grund liege darin, dass die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital erheblich hinter dem Haushaltsansatz zurückbleibe.

Die Aufgabe des Aula-Projekts für das AvH

Es braucht nicht viel Phantasie zu ahnen, dass die finanzielle Situation der Stadt nicht ohne Rückwirkungen auf den Bau des AvH bleiben konnte. Zwar galt für die Errichtung des AvH weiterhin ‚Dringlichkeitsstufe I‘, doch wurde die Notwendigkeit evident, Kosten einzusparen. Die geplante Aula war schon relativ früh ins Visier der ‚Sparkommissare‘ geraten: am 8.4. 1965 wurde dem Rat eine Reduzierung auf 400 Sitzplätze empfohlen. Im Schulkollegium wurde die Notwendigkeit einer Aula sogar in Frage gestellt, und zwar, weil es im lediglich 200 m entfernten NSG bereits eine Aula geben sollte.

Die Notwendigkeit, Kosten einzusparen, lag ebenso der Frage an den ObR Lilienthal zugrunde, wie sich die Mehrkosten des AvH im Vergleich zum NSG erklärten. Er führte 3 Gründe auf:

- 1) handle es sich beim AvH um ein größeres Raumprogramm, was 15% der Unkosten ausmache;
- 2) treibe der zeitliche Abstand der Bauzeit von nunmehr 4 Jahren die Kosten um ca. 25% nach oben;
- 3) machten die ministeriellen Richtlinien für die Luftschutzmaßnahmen, die es beim NSG nicht gebe, ca. 500.000 DM, aus, also weitere 10%.

Einen Monat später konnte Lilienthal mitteilen, dass das SK einverstanden sei, die baulichen Luftschutzmaßnahmen nur unter dem Stammklassentrakt und dem Treppenhaus vorzusehen, was eine Ersparnis von 1 Mill. DM bedeute.

Das zunächst vorläufige, dann endgültige Aus für die Aula des AvH läutete der Rat am 29.4.1966 ein. Er beschloss, dass

- a) die Aula am NSG als Zentralaula ausgegeben wird und dem Schulzentrum Neuß-Südstadt – und damit auch dem entstehenden AVH -- zur Nutzung zur Verfügung steht;
- b) der Bau einer Aula am AvH mit Rücksicht auf die augenblickliche Finanzlage der Stadt vorläufig nicht durchgeführt wird.

Der Fortfall der ursprünglich vorgesehenen Aula erbrachte eine Million Ersparnis . Eine Aula besaß schließlich keine der erwähnten Schulen. Denn der Schulausschuss fühlte sich bereits am 20.10.1966, d.h. ein halbes Jahr später, genötigt, den Bau der Aula des benachbarten Gymnasiums ebenfalls vorläufig aus zusetzen.

Der Stv. Voigt (SPD) unterstrich in der Ratssitzung vom 11.1.1967 eine auf den a.o. Haushalt bezogene ‚weitgehende Abhängigkeit von Landeszuschüssen‘. Immerhin hatte Ende 1966 das SK einer interministeriellen Besprechung den Vorschlag unterbreitet, 65% der zuschussfähigen Schulbaukosten zu übernehmen Da die Klagen der Kommunen anscheinend allgemein waren, arbeitete das Land in dieser Zeit „im Hinblick auf die finanzielle Situation“ an neuen Schulbaurichtlinien, die neben dem Rastersystem eine Reduzierung der erforderlichen Schulraumflächen vorsahen und die zweibündige Bauweise für die wesentlichsten Bauteile, so OBR Lilienthal. Der Beigeordnete Paul hatte für das AvH eine Kostenreduktion von ca. 10% im umbauten Raum errechnet, was – abzüglich neuer Planungskosten – immerhin einen Nettogewinn von 400.000 DM ausmachen würde.

c) Baufortschritte

Wie sehr der nun bereits im 4. Jahr verschleppte Baubeginn des AvH massive Probleme aufwarf, wird aus einer Bemerkung des Stv. Thywissen von Mitte 1967 anlässlich der Diskussion um eine 3. Realschule offensichtlich. Er warnte „unter Hinweis auf die äußerst schwierigen Raumverhältnisse am Alexander-von-Humboldt-Gymnasium davor, nochmals ein Schulsystem zu errichten, dessen endgültige Unterbringung nicht garantiert sei“. Die nochmals notwendige Überplanung stellte die Fachleute vom Hochbauausschuss vor die Aufgabe, den Baukörper so zu gestalten, dass trotz des Fortfalls der Aula eine befriedigende Lösung entstand.

Nach der Zustimmung des Regierungspräsidenten Düsseldorf im Sommer 1968 konnte die 1. Rate der Landesmittel abgerufen werden. Dabei ermöglichte eine Kombination von konventioneller und Fertigbauweise eine relativ kurze Bauzeit, so dass mit der Fertigstellung des Gebäudes bis September 1969 zu rechnen war. Mit der Vergabe der Aufträge für die Rohbauarbeiten am AvH durch den Rat am 14.12.1967 an eine Firma in Kall i.d. Eifel bzw. in Köln war der Bann endgültig gebrochen. Im Februar 1968 schließlich war der Erdaushub beim AvH erfolgt, die Rohbauarbeiten für den Turnhallentrakt wie für den Klassentrakt hatten begonnen. Von nun an ergingen die verschiedenartigen Aufträge für den Außenbau wie für die innere Ausgestaltung in rascher Folge. Hierzu gehörte nicht zuletzt ein Sprachlabor entsprechend der damaligen Sprachdidaktik. Sie wurden je nach Angebot an Firmen der näheren Umgebung (Neuss, St. Peter, Düsseldorf) wie der ganzen Bundesrepublik vergeben (Köln, Göttingen, Hagen, Duisburg, Wuppertal, Flensburg, Wertingen, St. Tönis, Mülheim, Westönnen).

Am Ende hatte die Stadt sogar noch gespart: durch den raschen Baufortschritt, verschiedene Kostendämpfungsfaktoren, den Wegfall der Aula sowie den Weiterverkauf der Planungsunterlagen des AvH an die Gemeinde Osterath für 100.000 DM vermochte Lilienthal nach der Inbetriebnahme des Schulgebäudes – außer den Turnhallen - zu Beginn des Schuljahres 1969/70 nicht ohne Stolz zu erklären, dass das AvH mit Gesamtkosten von unter 7,3 Mill. DM „zu einem sehr günstigen Preis“ habe gebaut werden können.

„Kunst im Raum“ als Vorgabe des städtischen Kulturausschusses (1968 -1970)

Die Arbeiten zum Bau des AvH hatten kaum begonnen, als der Schulausschuss in seiner Sitzung vom 5.1.1968 aus einem Situationsbericht über das Neusser Schulwesen entnahm, dass allein im Bereich der höheren Schulen aufgrund einer angenommenen Übergangsquote von 24 % pro 1000 Einwohnern bis Ende der 1970er Jahre von einem Fehlbedarf von 50 Stammklassenräumen auszugehen sei. Obwohl vom Verfasser des Berichts zwei weitere Gymnasien bis 1980 als erforderlich bezeichnet wurden, damit weitere große Investitionen, war es dem Hochbauausschuss bereits drei Wochen zuvor ein Anliegen gewesen, dem Rat zu empfehlen, für die künstlerische Ausgestaltung des AvH 40-45.000 DM bereit zu stellen. Aus Sparsamkeitsgründen solle man die Summe von einem halben Prozent der Bausumme nicht überschreiten. Der Ausschuss schlug vor, den Vorhof vor dem Haupteingang durch eine Freiplastik vom Pausenhof optisch zu trennen, weil der Innenhof sich dafür nicht eigne, denn er sei Bevölkerung und Besuchern nicht allgemein zugänglich.

Es dauerte bis zum Ende des Jahres, bis der Kulturausschuss den ungarisch-französischen Nicolas Schöffer damit beauftragte, den Entwurf für eine entsprechende Plastik zu dem oben genannten Gesamtpreis einzureichen. Er folgte damit einer künstlerischen Jury, die ein „Kunstwerk von überörtlicher Bedeutung“ für angemessen hielt. Zu den Befürwortern zählten u.a. Direktor Ruhrberg, der mit Schöffer in Paris verhandelt hatte, Dr. Horst Richter aus Köln und Obermuseumsrätin Dr. Irmgard Feldhaus vom Clemens-Sels-Museum. Die Jury hatte in ihrer Sitzung vom 10.10. 1968 für Schöffer, den „Vater der kybernetischen Kunst“ plädiert, der seit Ende der 1950er Jahre z.B. in Paris wie in Kassel Erfolge feierte.

Gegen den geringen Widerstand von nur einer Gegenstimme und drei Enthaltungen vergab der Rat den Auftrag -- dem Vorschlag entsprechend -- in seiner Sitzung am 24.1.1969. Es blieb dem Kulturausschuss – in Absprache mit Schöffer -- vorbehalten, die Höhe der Freiplastik zu bestimmen. Vor seiner Sitzung am 11.2.1969 besichtigten seine Mitglieder auf dem Schulgelände aufgestellte Holzplattenmodelle, um die voraussichtliche Wirkung des Kunstwerks auf den Betrachter ermessen zu können. Man setzte die Höhe zunächst auf 1,80 m fest. Weiter beschlossen die Ausschusmitglieder, dass der Sockel eine andere Form bekommen solle und die Plastik in „einem gärtnerischen Rahmen am Rande des Schulgrundstücks zur Weberstraße“ aufgestellt werden solle. Widerspruch gegen die Plastik Schöffers artikulierten inzwischen deutlicher einzelne Stadtverordnete der CDU wie Thywissen und Dr. Koch. Ersterer kritisierte das Kunstwerk als „abstrakt und nüchtern“, während der zweite es dadurch abqualifizierte, dass ihm die Beziehung zum Menschen fehle.

Lilienthal verwahrte sich dagegen, „jetzt die Gestaltungsauffassung eines bedeutenden Künstlers pauschal abzulehnen, nachdem man ihn zunächst um einen Entwurf gebeten habe.“ Er führte weiter aus: „Die abstrakte Form werde ihr Leben und ihren Reiz erst durch die Ausführung in hochglänzendem Metall mit seinen durch die vorgesehene Rotation des Kunstwerkes entstehenden Reflexen und Spiegelungen erhalten.“ Ihm sprang die sachkundige Bürgerin Dr. Geller-Zaertling (SPD) zur Seite, wobei sie die zukünftigen Adressaten einbezog: „Nicht nur figürliche Darstellungen spiegelten das Leben wider. Ein Werk wie das von Schöffer, [...], entspräche in zeitnaher Weise gerade dem Lebensgefühl einer heranwachsenden Generation. Das Spiel von Licht und Schatten auf dem vorgesehenen Metall; die allein dadurch schon bewirkte, immer andere und neue Lebendigkeit und Bewegung mit der künstlerischen Ordnung und Strenge sagen jungen, aufgeschlossenen Menschen Wesentliches und müßten sie ansprechen“.

Anlässlich des Besuchs und der Besichtigung des vorgesehenen Standorts durch den Künstler und die Jury im Frühjahr 1969 ließ man den ursprünglichen Plan einer runden Säule mit 80 cm Durchmesser fallen und entschied sich stattdessen für den Vorschlag der Verwaltung für eine 2,40 m hohe Säule mit 40 cm Durchmesser in einem quadratischen Wasserbecken von 8x8 m an der Grundstücksgrenze Weberstraße. Bedauerlicherweise behielten auf Dauer die politischen Praktiker in einem Punkt recht. Sowohl der Stv. Dr. Koch wie der Beigeordnete Dr. Oeltze (CDU) verliehen am 11.2.1969 ihrer Befürchtung Ausdruck, „daß mit mutwilligen Zerstörungen bzw. Beschädigungen der mechanischen Einrichtung gerechnet

werden müsse“. Zu deren Vermeidung schlug Dr. Oeltze „einen befriedeten Bezirk um die Plastik“ vor, der aber nicht errichtet wurde.

Ausklang

Nachdem am 25.10.1968 das Richtfest gefeiert worden war, die existierenden Klassen des AvH ihr Schulgebäude bezogen hatten, blieb in der Praxis ein letzter Schwachpunkt. Durch Verwirbelung der Westwinde waren bei starkem Wind die zwischen Klassentrakt und Turnhalle nach außen aufgehenden Türen aus ihrer Verankerung gerissen worden, so dass dort nachträglich eine Überdachverbindung angebracht werden musste.

So wurde das Gebäude der Schulgemeinde endgültig erst am 28.2.1970 übergeben.

Die Lehrkräfte erwartete bereits eine weitere Herausforderung in dem pädagogischen Umbruchsjahrzehnt zwischen der Mitte der 1960er und 1970er Jahre: In der Schulausschusssitzung vom 3.3.1969 hatte der Oberschulrat Stöver im Auftrag der Aufsichtsbehörde den Vorschlag unterbreitet, einen pädagogisch-musischen Zweig (Typ III) als F-Gymnasium am AvH mit Beginn des nächsten Schuljahrs einzurichten. Auch wenn zunächst dieser Zweig am NSG untergebracht wurde, war aufgrund der dortigen Schülerzahlen klar, dass er zum 1.8.1970 an das AvH übergehen musste. Dieser Zweig diente Schülerinnen und Schülern von Haupt- und Realschule dazu, ein fachspezifisches Abitur abzulegen. Da zunehmend Mädchen davon Gebrauch machten, war somit die Koedukation am AvH eingeführt.

Es blieb nur mit OB Karrenberg – im Rückblick auf turbulente Jahre - im Februar 1970 in den Wunsch einzustimmen: „daß von diesem Hause, [...], reicher Segen ausgehen möge für alle, die hier lehren und lernen [...]“.

Autor

W.Bongartz